

Volkswirtschaftliche Schriften

Heft 435

**Gewinnbeteiligung
bei begrenzter Haftung
der Arbeitnehmer**

**Eine Analyse des vermögenspolitischen Konzepts
des Sachverständigenrates zur Begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**

Von

Jörg Althammer



Duncker & Humblot · Berlin

JÖRG ALTHAMMER

Gewinnbeteiligung bei begrenzter Haftung der Arbeitnehmer

Volkswirtschaftliche Schriften

Begründet von Prof. Dr. Dr. h. c. J. Broermann †

Heft 435

Gewinnbeteiligung bei begrenzter Haftung der Arbeitnehmer

**Eine Analyse des vermögenspolitischen Konzepts
des Sachverständigenrates zur Begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**

Von

Jörg Althammer



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Althammer, Jörg:

Gewinnbeteiligung bei begrenzter Haftung der Arbeitnehmer :
eine Analyse des vermögenspolitischen Konzepts des
Sachverständigenrates zur Begutachtung der
gesamtwirtschaftlichen Entwicklung / von Jörg Althammer. –
Berlin : Duncker und Humblot, 1994

(Volkswirtschaftliche Schriften ; H. 435)

Zugl.: Augsburg, Univ., Diss., 1993

ISBN 3-428-07915-9

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten

© 1994 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Werner Hildebrand, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0505-9372

ISBN 3-428-07915-9

Meinen Söhnen Sebastian und Alexander

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	17
-------------------------	----

Erstes Kapitel

Die Einordnung der Einkommens- und Vermögenspolitik in die stabilitäts- und verteilungspolitische Gesamtkonzeption des Sachverständigenrates

A. Grundzüge des stabilitätspolitischen Konzepts des Sachverständigenrates.....	21
I. Die vom Sachverständigenrat von 1964 bis 1974 vertretene stabilitätspolitische Konzeption	21
1. Konzeptionelle Grundlagen.....	21
2. Die Aufgaben staatlicher Wirtschaftspolitik	23
a) Das Konzept der außenwirtschaftlichen Absicherung	23
b) Das Konzept der potentialorientierten Kreditpolitik	24
c) Die finanzpolitische Konzeption	26
3. Die Rolle der Einkommenspolitik im stabilitätspolitischen Konzept des Sachverständigenrates	28
a) Das Konzept kostenniveauneutraler Lohnpolitik	28
aa) Grundzüge der lohnpolitischen Konzeption	28
bb) Die Berücksichtigung weiterer Kostenkomponenten	31
cc) Der Inflationsausgleich	32
dd) Die statistische Operationalisierung	33
b) Probleme.....	34
4. Empirische Evidenz	37
II. Die vom Sachverständigenrat seit 1975 vertretene Konzeption	42
1. Konzeptionelle Grundlagen.....	42

2. Die Aufgaben staatlicher Wirtschaftspolitik	44
a) Das Konzept der potentialorientierten Geldmengensteuerung.....	44
b) Die wachstumspolitische Ausrichtung der Finanzpolitik.....	45
3. Das lohn- und beschäftigungspolitische Konzept	47
a) Das Konzept einer zurückhaltenden Lohnpolitik	47
b) Das Konzept produktivitätsorientierter Lohnpolitik	50
4. Empirische Evidenz	54
a) Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Jahre 1974 bis 1983 in der Diagnose des Sachverständigenrates	55
b) Die wirtschaftliche Entwicklung nach 1983.....	58
B. Das verteilungspolitische Konzept des Sachverständigenrates	60
I. Verteilungspolitische Implikationen des wettbewerbspolitischen Leitbilds des Sachverständigenrates	60
II. Die Determinanten der kurzfristigen Einkommensverteilung im Konzept des Sachverständigenrates	63
III. Die Determinanten der langfristigen Verteilung von Einkommen und Vermögen im Konzept des Sachverständigenrates	71
IV. Empirische Evidenz	73
1. Die Einkommensverteilung.....	73
2. Die Vermögensverteilung.....	79
C. Notwendigkeit, Ziele und Instrumente der Vermögenspolitik im Konzept des Sachverständigenrates.....	83
I. Notwendigkeit und Ziele vermögenspolitischer Maßnahmen.....	83
II. Instrumente der Vermögenspolitik im Konzept des Sachverständigenrates .	84
1. Die Sparförderung	84
2. Der Investivlohn	85
3. Die Gewinnbeteiligung.....	87
a) Anforderungen an eine stabilitätskonforme Ausgestaltung der Gewinnbeteiligung	88
b) Spezifische Zielsetzungen der Ertragsbeteiligung.....	91

*Zweites Kapitel***Gewinnbeteiligung bei begrenzter Haftung der Arbeitnehmer:
Modellexposition und kritische Würdigung**

A. Grundzüge des Modells einer Gewinnbeteiligung bei begrenzter Haftung	93
B. Konstitutive Elemente des Gewinnbeteiligungsmodells im Jahresgutachten 1972	95
I. Mittelaufbringung, Gewinnermittlung und Bestimmung der Partizipationsanteile	95
II. Haftungsanforderung und Konstruktion des Fondssystems	100
III. Mittelverwendung und Kreis der Begünstigten	101
C. Modifikationen des Ertragsbeteiligungsmodells im Jahresgutachten 1975	102
I. Der geänderte Stellenwert einer Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer	102
II. Modifikation einzelner Modellelemente	103
D. Aktuelle Entwicklungen im vermögenspolitischen Konzept des Sachverständigenrates	106
E. Schätzung der Einkommensumverteilungseffekte	107

*Drittes Kapitel***Die stabilitäts- und einkommenspolitischen Wirkungen
einer Gewinnbeteiligung im Konzept des Sachverständigenrates**

A. Beschäftigungseffekte ertragsabhängiger Entlohnungsformen im Konzept des Sachverständigenrates	112
I. Angebotsseitige Wirkungen einer Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer	112
1. Darstellung der angebotspolitischen Effekte	112
2. Kritische Würdigung der Ergebnisse	116
II. Nachfrageseitige Wirkungen	118
1. Wirkungen auf die Konsumgüternachfrage	118
2. Wirkungen auf die Investitionsnachfrage	122
a) Der Stellenwert der Investitionen im stabilitäts- und wachstumspolitischen Konzept des Sachverständigenrates	122
b) Die Wirkungen einer Ertragsbeteiligung auf die Investitionstätigkeit	124
c) Investitionen, Rendite und Risiko: Empirische Evidenz	127

B. Einkommenspolitische Effekte einer Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer.....	128
I. Die Wirkungen auf die funktionelle Einkommensverteilung.....	128
II. Die Wirkungen auf die sozioökonomische Einkommensverteilung.....	133

Viertes Kapitel

Die Wirkungen einer Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer auf die Verteilung der Vermögensbestände

A. Grundzüge einer neoklassischen Theorie der Vermögensverteilung auf sozio- ökonomische Gruppen	139
B. Die Wirkungen einer Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer auf die sozio- ökonomische Verteilung des Vermögens	143
I. Die Wirkungen einer Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer auf Niveau und Verteilungsstruktur des Vermögens	143
II. Verteilungspolitische Implikationen alternativer Hypothesen des Sparverhaltens.....	145
1. Die Keynesianischen Konsumhypothesen	146
2. Die Normaleinkommenshypothesen.....	148
a) Die Permanente Einkommenshypothese	149
b) Die Lebenszyklushypothese	150
3. Der Einfluß des Vermögens auf das Sparverhalten.....	151
4. Die staatlichen Maßnahmen zur Förderung der Vermögens- bildung in Arbeitnehmerhand	152
III. Die Ersparnisbildung der sozioökonomischen Gruppen in der Bundes- republik Deutschland 1970 bis 1988.....	153
C. Schätzung der Vermögensverteilungseffekte.....	157
 Zusammenfassung	 162
 Literaturverzeichnis	 166

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Indikatoren zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Jahre 1964 - 1973	37
Tabelle 2:	Löhne, Preise und Produktivität 1960 - 1974	39
Tabelle 3:	Schätzung des Einflusses der Wachstumsrate der Lohnstückkosten auf die Inflationsrate.....	41
Tabelle 4:	Löhne, Preise und Produktivität 1975 - 1990	56
Tabelle 5:	Indikatoren zur Risikosituation des Unternehmenssektors	59
Tabelle 6:	Schätzgleichung des Zusammenhangs zwischen expansiver Lohnpolitik, Preisniveaustabilität und Beschäftigung.....	79
Tabelle 7:	Die Entwicklung des Geldvermögens und seine Verteilung nach der sozialen Stellung der Bezugsperson in den Jahren 1973, 1978, 1983 und 1988.....	81
Tabelle 8:	Alternative Bezugsgrößen einer Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer.....	96
Tabelle 9:	Einkommenspolitische Effekte einer Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer.....	110
Tabelle 10:	Die Determinanten der Investitionsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland.....	129
Tabelle 11:	Nachfragedeterminierte Brutto- und Nettogewinnquote bei alternativen Annahmen über die marginale Sparquote der Arbeitnehmer.....	136
Tabelle 12:	Schätzung schichtspezifischer Konsumfunktionen.....	156
Tabelle 13:	Die Entwicklung der Kapitalanteile sowie der Vermögensverteilung bei einer Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer	159

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Die Entwicklung der Reallohnposition der Arbeitnehmer 1963 bis 1986	34
Abbildung 2:	Die Entwicklung der Gewinn-Erlös-Relation, der realen Ausrüstungsinvestitionen und der Erwerbstätigen in den Jahren 1970 bis 1991	57
Abbildung 3:	Güterangebot, Beschäftigung und Reallohn im Rahmen der modifizierten Grenzproduktivitätstheorie.....	65
Abbildung 4:	Gütermarktgleichgewicht und Einkommensverteilung im Rahmen der modifizierten Grenzproduktivitätstheorie	69
Abbildung 5:	Einkommensverteilung und Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland 1960 - 1989	76
Abbildung 6:	Preisniveaueffekte einer expansiven Nominallohnpolitik	78
Abbildung 7:	Beschäftigungseffekte einer expansiven Nominallohnpolitik	78
Abbildung 8:	Die Verteilung des Nettogeldvermögens privater Haushalte Ende 1973, 1978 und 1983	82
Abbildung 9:	Indifferenzkurven eines risikoaversen Investors bei einer Gewinn- und Risikobeteiligung der Arbeitnehmer	90
Abbildung 10:	Arbeitnehmer-Ertragsanteile bei alternativ definiertem Verteilungsschlüssel	99
Abbildung 11:	Preis- Mengenkombination am Arbeitsmarkt bei Variation der aggregierten Nachfrage.....	115
Abbildung 12:	Wirkungen einer Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer auf die aggregierte Konsumgüternachfrage.....	121
Abbildung 13:	Bestimmungsgründe der Investitionstätigkeit	130
Abbildung 14:	Gütermarktgleichgewicht und funktionale Einkommensverteilung bei einer Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer	132
Abbildung 15:	Die Sparquoten der sozialen Gruppen.....	155

Verzeichnis der verwendeten Symbole

A	Faktor Arbeit
A^S	Arbeitsangebot
A^D	Arbeitsnachfrage
C	privater Konsum
c	marginale Konsumneigung
c_A	marginale Konsumneigung der Arbeitnehmerhaushalte
c_K	marginale Konsumneigung der Selbständigenhaushalte
DTK	Durchschnittskosten
DW	Durbin-Watson Teststatistik
G	volkswirtschaftliche Gewinnsumme
GK	Grenzkosten
K	Kapitalstock
k	Kapitalintensität (K/A)
L	Lohnsumme
LSTK	Lohnstückkosten
P	Preisniveau
q_i	Produktivität des Faktors i
R^{-2}	korrigiertes Bestimmtheitsmaß
r	Zinssatz
S	Ersparnis
s	marginale Sparquote
s_A	marginale Sparquote der Arbeitnehmer aus Arbeitseinkommen
s_{KA}	marginale Sparquote der Arbeitnehmer aus Vermögenseinkommen
s_K	marginale Sparquote der Selbständigen
SER	Standardfehler der Regression
t	Zeitindex
v	Kapitalkoeffizient (K/Y)
w	Nominallohnsatz
Y	Produktionsmenge
y	Durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen
y_A	Durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmerhaushalte
z	Vermögensanteil der Selbständigen am Gesamtvermögen

∂	partielle Ableitung
$\eta_{Y,P}$	Preiselastizität der Nachfrage
γ	Gewinnquote (G/Y)
λ	Lohnquote (L/Y)
θ	Ertragsbeteiligungsparameter
σ	Substitutionselastizität
ψ	Risikoaversion
ω	Reallohnsatz (w/P)
Π	ökonomischer Gewinn
Θ	Sicherheitsäquivalent
$F(\cdot)$	Funktionaloperator

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Bd(e).	Band (Bände)
Bt-Drs.	Bundestagsdrucksache
dass.	dasselbe
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe
Diss.	Dissertation
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
f.	folgende
ff.	mehrere folgende Seiten (bzw. Jahre)
FN	Fußnote
FS	Fachserie
HdWW	Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften
Hrsg.	Herausgeber
hg.	herausgegeben
HJbWGP	Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik
i. d. F.	in der Fassung
i. e. S.	im engeren Sinn
insbes.	insbesondere
i. w. S.	im weiteren Sinn
JbNöSt	Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik
Jg.	Jahresgutachten
JITE	Journal of Institutional and Theoretical Economics
Kap.	Kapitel

Mio.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
NF	Neue Folge
Nr.	Nummer
o. a.	oben angeführt
o. J.	ohne Jahr
o. O.	ohne Ort
s.	siehe
S.	Seite
Stat.BA	Statistisches Bundesamt
Stat.Jb	Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland
Tab.	Tabelle
Tz.	Textziffer
vH	vom Hundert
WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium
WiSta	Wirtschaft und Statistik
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil

Einleitung

Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand stehen seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland mit wechselnder Intensität in der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion. Bereits von den geistigen Schöpfern des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft wurde dem Ziel einer breiten Streuung des Vermögensbestandes erhebliche Bedeutung für den sozialetischen Gehalt marktwirtschaftlicher Systeme zugesprochen¹. Der Beitrag individuellen Vermögens zur "Sicherung und systematische(n) Erweiterung der gegenwärtigen Handlungsspielräume der Menschen"², also in Bezug auf die materiale Freiheit und die Sicherheit des Einzelnen sowie zur Herstellung gleicher ökonomischer Ausgangsbedingungen und Entwicklungschancen macht eine breite Streuung des Vermögensbesitzes in einer Wirtschaftsverfassung, die die Ziele individueller Freiheit und sozialer Gerechtigkeit verfolgt, unabdingbar. Trotz des hohen gesellschaftspolitischen Stellenwerts einer breiten Streuung des Vermögens weist das private Sach- und Geldvermögen in den alten Bundesländern weiterhin eine starke Ungleichverteilung auf, die vielfach als ungerecht erachtet wird, da die starken Disparitäten insbesondere der Produktivvermögen nicht zuletzt das Resultat ungleicher Startbedingungen sowie wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Wachstumsförderung sind. Erneute Aktualität wächst dieser Thematik durch die deutsche Vereinigung und den notwendigen wirtschaftlichen Wiederaufbau der neuen Bundesländer zu. Hier stellt sich - ähnlich wie in der Wiederaufbauphase in der Bundesrepublik Deutschland - das Problem, daß eine primär am Wachstumsziel orientierte Wirtschaftspolitik

¹ Vgl. A. Müller-Armack, Das gesellschaftspolitische Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft, in: Evangelische Verantwortung (Beilage), Heft 12 (1962); zitiert nach dem Wiederabdruck in: ders. (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, 2. Aufl., Bern/Stuttgart 1976, S. 293 ff.; ders., Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik, in: ders. (Hrsg.), Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte, Bern/Stuttgart 1974, S. 129 ff.; W. Röpke, Civitas Humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, 3. Aufl., Erlenbach/Zürich 1949, S. 279 ff. sowie insbesondere O. v. Nell-Breuning, Gesellschaftspolitische Bedeutung breiter Vermögensstreuung, in: ders. (Hrsg.), Aktuelle Fragen der Gesellschaftspolitik, Köln 1970, S. 61 ff. und ders., Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand, 2. Aufl., Paderborn 1955.

² E. Boettcher u. a., Vermögenspolitik im sozialen Rechtsstaat, Tübingen 1985, S. 37.

eine erhebliche Konzentration insbesondere des Produktivvermögens begünstigt³.

Die staatliche Wirtschaftspolitik versucht mit verschiedenen Maßnahmen, das Sparverhalten v. a. unterer Einkommenschichten anzuregen und in diesen Prozeß der Vermögensbildung einzugreifen. Die Beurteilung der Leistungen der seit 1952 in der Bundesrepublik systematisch betriebenen Vermögenspolitik fällt allerdings nicht eindeutig aus: Zwar ist der durchschnittliche Vermögensbestand aller privaten Haushalte nicht zuletzt aufgrund dieser Maßnahmen mittlerweile beträchtlich angestiegen, es ist jedoch festzustellen, daß sich die erhebliche personelle Ungleichverteilung des gesamten Nettogeldvermögens in den letzten 20 Jahren tendenziell eher verstärkt hat⁴. Die hier zu konstatierende geringe verteilungspolitische Effizienz staatlicher Vermögenspolitik resultiert insbesondere aus der Tatsache, daß die vermögenspolitischen Maßnahmen bislang vornehmlich an der Sparwilligkeit, also der intertemporalen Präferenzordnung der Wirtschaftssubjekte, ansetzen, dagegen die Sparfähigkeit, d. h. die Budgetrestriktion der Haushalte, als limitierenden Faktor vermögenspolitischer Maßnahmen weitgehend vernachlässigten. Entsprechend den Ergebnissen der Theorie der Vermögenspolitik stellt die Förderung der Sparfähigkeit unterer Einkommensgruppen jedoch die notwendige Voraussetzung einer zieladäquaten und wirtschaftssystemkonformen Vermögensverteilungspolitik dar. Entsprechende Vorschläge liegen im Rahmen der Diskussion um alternative lohnpolitische Konzeptionen in Form von Investivlohn- oder Ertragsbeteiligungsmodellen vor und werden auf einzelwirtschaftlicher Basis bereits in der Praxis eingesetzt. Nachhaltige vermögens-

³ Wilfried Höhnen, im Deutschen Gewerkschaftsbund für vermögenspolitische Fragen zuständig, bemerkt hierzu: "Hier spielt sich ein unsichtbarer und unkontrollierbarer Umverteilungsvorgang ab, dessen Dimensionen heute noch niemand kennt, der aber vielleicht einmal Anlaß bieten wird, in Analogie zum westdeutschen Wiederaufbau von einem neuen "sozialen Skandal" zu sprechen." *W. Höhnen*, Vermögensverteilung - die verpaßten Chancen. Lehren aus einem sozialen Skandal, in: *R. Hickel* (Hrsg.), *Umverteilen: Schritte zur sozialen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands*, Köln 1993, S. 185. Vgl. zum gleichen Problemkreis *R. Neubäumer*, Die Verteilungswirkungen des Aufbaus in den neuen Bundesländern, in: *Wirtschaftsdienst*, 71. Jg (1991), S. 239 ff. sowie *H. Lampert*, Gesamtwirtschaftliche Grundlagen der Vermögensbildung und der Vermögenspolitik, in: Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland / Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), *Beteiligung am Produktiveigentum*, Hannover / Berlin 1993.

⁴ Zum empirischen Befund vgl. *M. Euler*, Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988, in: *WiSta*, Heft 11 (1990), S. 798 ff.; *R. Hornung-Draus*, Das Vermögen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland: Bestand, Entwicklung und Verteilung, in: *Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 206/1 (1989), S. 18 ff. sowie *M. Euler*, Geldvermögen privater Haushalte Ende 1983, in: *WiSta*, Heft 5 (1985). Zu den Verteilungswirkungen von steuer- und prämienbegünstigten Vermögensbildungsmaßnahmen vgl. *K. Gress / H.-J. Stubig*, Die Inanspruchnahme ausgewählter Transfers zur Förderung der Vermögensbildung durch verschiedene sozioökonomische Gruppen, in: *R. Hauser / B. Engel* (Hrsg.), *Soziale Sicherung und Einkommensverteilung*, Frankfurt 1985, S. 255 ff.

politische Effekte lassen sich hieraus jedoch nur gewinnen, sofern entsprechende Regelungen auf breiter Basis ihren Niederschlag in Tarifverträgen finden; eine entsprechende Umsetzung scheiterte bislang jedoch an den divergierenden Zielsetzungen der Tarifvertragsparteien.⁵

Neben den originär vermögensverteilungspolitischen Zielen einer Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer werden ertragsabhängige Entlohnungsformen in jüngster Zeit verstärkt unter stabilitätspolitischen Aspekten diskutiert. In diesem Zusammenhang wird eine reine Nominallohnpolitik zunehmend als untaugliches Instrument angesehen, die erheblichen strukturellen Anpassungsprobleme, die sich vor allem der ostdeutschen Wirtschaft, aber auch den alten Bundesländern verstärkt seit Mitte der 70er Jahre am Arbeitsmarkt stellen, in stabilitätskonformer Weise zu bewältigen. Auch aus dieser Perspektive werden zunehmend alternative lohnpolitische Konzeptionen eingefordert, um auf einzelwirtschaftliche Besonderheiten sowie auf abrupte gesamtwirtschaftliche Änderungen flexibel reagieren zu können.⁶

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, das wirtschaftspolitisch wohl renommierteste Beratergremium der Bundesrepublik Deutschland, hat bereits frühzeitig auf die verteilungs- und stabilitätspolitische Notwendigkeit einer Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand hingewiesen und hierzu ein eigenständiges Konzept einer Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer vorgelegt. Diese Idee einer Ergänzung der traditionellen Nominallohnpolitik durch eine Ertragsbeteiligung - die trotz mangelnder Resonanz im wirtschaftspolitischen Bereich seit nunmehr 20 Jahren vom Sachverständigenrat vertreten wird⁷ - ist Gegenstand dieser Untersuchung.

⁵ Dabei geht es weiterhin im wesentlichen um die konkrete Ausgestaltung des vermögenspolitischen Instrumentariums; während die Arbeitgeberseite die Vorteile vermögenspolitischer Maßnahmen v. a. aus einzelbetrieblichen Überlegungen ableitet und überbetrieblichen Modellen weitgehend ablehnend gegenübersteht, sehen die Gewerkschaften in überbetrieblichen Fondskonstruktionen die einzige Möglichkeit, die Arbeitnehmer von Ertrags- und Kapitalrisiken zu entlasten und gleichzeitig die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer bzw. ihrer Vertreter in den Unternehmen zu stärken; zu den zentralen vermögenspolitischen Zielsetzungen des Arbeitgeberverbandes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes vgl. *R. Hornung-Draus*, Vermögenspolitik in der sozialen Marktwirtschaft - Anmerkungen zur Zweiten Stufe aus Arbeitgebersicht, in: *Der langfristige Kredit*, Heft 22/23 (1986), S. 704 ff. sowie *W. Höhnen*, Vermögenspolitik und Arbeitnehmerinteressen - Anmerkungen zur Zweiten Stufe aus Sicht des DGB, in: *Der langfristige Kredit*, Heft 22/23 (1986), S. 707 ff.

⁶ Vgl. *O. Sievert*, Für Investivlöhne. Plädoyer für ein vernachlässigtes Konzept, Bad Homburg 1992.

⁷ Vgl. *H. Albach*, Erfahrungen im Sachverständigenrat, in: *B. Gahlen u. a.* (Hrsg.), Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und dynamischer Wettbewerb. Ernst Helmstädter zum 65. Geburtstag, Berlin u. a. 1989, S. 413.